

## WIRTSCHAFTSPOLITIK IM SCHATTEN DER RESTAURATION

Auf dem Gebiet der Wirtschaftsordnung bestand nach dem Zusammenbruch analog dem allgemeinen Lebenszustand der Nation ein vollständiges Vakuum. Die Kriegs- und Zwangswirtschaft des Dritten Reiches hatte mit der Zerschlagung ihres zentralen Machtapparates praktisch zu bestehen aufgehört. Geblieben war lediglich ein Rest von Bewirtschaftungsgesetzen, die aber mit dem Wegfall der politischen Zentralgewalt ihren Aufgaben in keiner Weise mehr genügen konnten. Das währungspolitische Durcheinander vermehrte noch die allgemeine Unklarheit und Unsicherheit. Mit dem Aufhören des harten und unduldsamen Zwanges seitens des totalen Staates, der allein das Funktionieren dieser Wirtschaft garantiert hatte, fiel sie völlig auseinander. Die deutsche Volkswirtschaft existierte praktisch nicht mehr. Sie war nur mehr ein Konglomerat mehr oder weniger großer Einzelwirtschaften, die sich je nach den gegebenen Verkehrsmöglichkeiten anpaßten und kaum mehr als regionale Bedeutung erlangten.

Es unterlag keinem Zweifel, daß dieser Zustand der wirtschaftspolitischen Desorganisation im Zuge des Wiederaufbaues durch eine allgemeine wirtschaftspolitische Neuordnung ersetzt werden mußte. Entsprechend der Not der Zeit bestand zunächst die Hauptaufgabe darin, die praktische Arbeit in Gang zu bringen und die allgemeinen Erwägungen bis zur Behebung der größten Not zurückzustellen. So brachten Arbeiter und Unternehmer in gemeinsamer Arbeit die Betriebe wieder in Ordnung. Das Ergebnis dieser Bemühungen war die Instandsetzung der noch verbliebenen Produktionskapazität. Dies war die erste Voraussetzung für ein Ingangkommen der Produktion in größerem Stil. Die bis dahin laufende Produktion diente zum kleineren Teil der Versorgung der Bevölkerung. Zum größeren Teil wurde sie als Kompensationsware zur Beschaffung der nötigen Materialien für den Aufbau der Betriebe benötigt. Den Rest benutzte man für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards der Unternehmer und zur Förderung der Arbeitswilligkeit der Arbeitnehmer. Von einem gewissen Zeitpunkt vor der Währungsreform an begann die Produktion zu steigen. Die Erzeugnisse wurden im wesentlichen gehortet, um dann mit dem Startschuß zur Währungsreform als Gegenwert für das neue Geld auf die Märkte zu kommen.

Welche Ausgangsposition war aber damit für die in diesem Augenblick unter dem Druck der neugeschaffenen Verhältnisse verstärkt einsetzende wirtschaftspolitische Diskussion über die gesamtwirtschaftliche Ordnungsfrage geschaffen? Bis dahin hatten die praktische Arbeit und die elenden Lebensverhältnisse fast die ganze Aufmerksamkeit der Arbeitnehmer in Anspruch genommen. Nun mußte man sich über die zukünftige Entwicklung klar werden, Wohl, hatten darüber Diskussionen stattgefunden und waren Forderungen gestellt worden, aber sie waren stets überschattet von der Notwendigkeit des Augenblicks. Nun war ein Punkt erreicht, an dem diesen Fragen nicht mehr ausgewichen werden konnte.

Da aber stellte sich heraus, daß die Unternehmerschaft ihre Entscheidungen in der wirtschaftspolitischen Ordnungsfrage bereits getroffen hatte. Für ein Gespräch mit den Arbeitnehmern über die Gestaltung der Wirtschaftsordnung bestand für sie kein tatsächlicher Anlaß mehr. Das äußere Bekenntnis zu ihm hatte nur dilatorischen Charakter. Die Phase des Angewiesenseins auf die Arbeiterschaft im weitesten Sinne war vorbei. Man konnte jetzt unter anderen

Bedingungen verhandeln. Die wirtschaftliche Machtposition der Unternehmer war wiederhergestellt. Mit der Eroberung der alten gesellschaftlichen und politischen Position wurde begonnen.

Das soziale Schwergewicht der wiederhergestellten Unternehmerposition warf seine Schatten und diese waren lang. Die Ereignisse hatten sich praktisch ganz allein auf der wirtschaftlichen Ebene abgespielt. Sie waren das Ergebnis wirtschaftlicher Arbeit. Aber sie erlangten mit ihrem Werden auch schon soziales und damit politisches Gewicht. Die Unternehmerschaft hatte beizeiten erkannt, daß sie aus ihrer politischen Isolierung im rein wirtschaftlichen Bereich heraus mußte, wenn sie ihre Position auf der sozialen Stufenleiter behaupten wollte. Ihre wirtschaftliche Position war dank der pflichtbewußten Mitarbeit der Arbeitnehmerschaft im Interesse des sozialen Ganzen und im Vertrauen auf die gegebenen Versprechungen stark und bot den nötigen Rückhalt für einen solchen Versuch. Er konnte nach Lage der Dinge nur darin bestehen, aus dem Gedankengut der neuen Wertvorstellungen eine geistige Grundlage für die bereits bestehenden realen Machtverhältnisse zu schaffen. Die kommende Auseinandersetzung mit den Vertretern der sozialen Neuordnung verlangte eine ideologische Waffe, mit der man den bestehenden Zustand verteidigen konnte, ohne allzu indiskret auf die wirtschaftlich reale und politisch latente Macht pochen zu müssen. Die Aufgabe hieß kurz: Beschaffung eines ideologischen Mantels für die geschaffenen Machtverhältnisse. Die gesuchte Doktrin mußte genügend zugkräftig sein, um auf die breiten Massen zu wirken. Sie mußte also dem Gedanken einer sozialen Neuordnung weit entgegenkommen. Sie mußte andererseits alles Bestehende an Macht unberührt lassen. Sie mußte die Waffe sein, um den Kräften der sozialen Neuordnung ihre Argumente zu entwinden, ihrem Anliegen den Wind aus den Segeln zu nehmen, eine neue Ordnung zu proklamieren und doch die alte bestehen zu lassen.

Die Umschau nach einer geeigneten Doktrin führte bald zu einer brauchbaren Entdeckung. Man fand sie in den Gedanken, welche die neuliberale Schule der Wirtschaftswissenschaft entwickelt hatte. Sie bot die Möglichkeit zur Lösung des wirtschaftspolitischen Paradoxons: Man konnte eine neue Ordnung proklamieren und doch die alte unangetastet lassen. Mit der Übernahme des Schlagwortes von der „Sozialen Marktwirtschaft“ und seiner ausgiebigen Verwendung war der Kampftruf geschaffen und die politische Festung der alten herrschenden Gruppen in Verteidigungszustand gesetzt. Die wissenschaftlichen Thesen von der sozial gerechten, politisch klugen und ökonomisch optimalen Wirkung dieser Doktrin wurden ohne Zögern im praktischen wirtschaftspolitischen Kampf zur Anwendung gebracht. Für die politische Verurteilung und die propagandistische Unschädlichmachung aller anderen Lösungsversuche und Vorschläge zur sozialen Neuordnung hatte man ein glänzendes Paradeponner entdeckt: zunächst bezeichnete man die Kriegs- und Zwangswirtschaft des Dritten Reiches als den Prototyp einer Planwirtschaft, zu dem jede Abweichung von den Prinzipien der „Sozialen Marktwirtschaft“ hinföhre. Das Schreckgespenst des Kollektivismus mit all seinen Folgen für die Freiheit des Menschen mußte dazu herhalten. Mit dem Verblassen der braunen Schemen und der außenpolitischen Wandlung der Dinge gegenüber Moskau mußte das bolschewistische Rußland als der Popanz zur Abschreckung des Versuchs einer Neuordnung herhalten. Unter der Protektion der Macht des Besitzes wurde die neuliberale Theorie einer Wirtschaftsordnung den realen Zeitverhältnissen aufgepfropft. Dieser Vorgang ist ein Musterbeispiel dafür, wie man als soziale Machtgruppe wissenschaftliche Thesen, ohne Rücksicht auf die von wissenschaftlicher Seite genau umrissenen Gültigkeitsbedingungen

für den Kampf um eigene Sonderinteressen unter dem Pseudonym der Sorge für die Freiheit und das Wohlergehen des Ganzen verwenden kann.

Das Machtgewicht in der Waagschale der sozialen Realitäten zeigte sich bald auch politisch. Die parlamentarischen Verhältnisse in der Bundesrepublik sanktionierten diese Sachlage, zumindest in der Tendenz der vergangenen zwei Jahre. Das innere Schwergewicht in der Regierungskoalition neigte sich mehr und mehr, entsprechend dem zunehmenden wirtschaftlichen Machtgefühl, zu den Vertretern des restaurativen Denkens. Diese Verschiebung mußte zu einer Verschärfung der sozialen Gegensätze auch im rein politischen Bereich führen, was sich klar in der grundsätzlichen Gegnerschaft zwischen Regierung und Opposition auswirkte. Dabei kann, wenigstens von der Programmatik der beiden stärksten politischen Kräftegruppen in Regierung und Opposition aus, der CDU (Ahlener Programm) und der SPD (freiheitlich demokratischer Sozialismus), ein solcher grundsätzlicher Zwist nicht hergeleitet werden. Der Gegensatz ist somit keine Frucht doktrinärer Engstirnigkeit, sondern erklärt sich aus der machtpolitischen Versteifung der sich ihrer Macht bewußten Gruppen, die die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit geschickt von der eigentlichen Machtbildung und den wirklichen Realitäten ablenken wollen und durch eine taktisch kluge und berechnende Propaganda optisch einen anderen Eindruck zu erwecken bestrebt sind. Die restaurativen Kräfte müssen ja, um ihre Stellung zu halten, darauf bedacht sein, daß die Kräfte der sozialen Neuordnung innerhalb der Regierungskoalition und die auf ein gleiches Ziel steuernden Kräfte in der Opposition sich gegenseitig verfeinden.

Jenseits des parlamentarischen Niederschlags der Kräfte und Gegenkräfte für eine soziale Neuordnung steht die aus den Kräften der Wirtschaft selbst und in ihrem engeren Bereich, entstandene Zweiteilung in Unternehmer- und Arbeitnehmerschaft. Bei der spezifisch deutschen Nachkriegssituation in der Mentalität der Massen gegenüber den politischen Parteien kommt dieser Abzeichnung der Kräfte in ihrem ursprünglichen Bezirk ganz besondere Bedeutung zu. Die Unternehmerschaft hat im wesentlichen zu ihrer alten Organisation zurückgefunden. Sie bedient sich lediglich einer anderen Terminologie, die auf die aufgezeigten ideologischen Veränderungen abgestimmt ist. Der politische Rückhalt auf der parlamentarischen Ebene ist unverkennbar und die politischen Querverbindungen sind deutlich zu erkennen.

Auf der Arbeitnehmerseite ist gegenüber der Organisationsform von vor 1933 eine wesentliche Änderung eingetreten. An die Stelle verschieden ausgerichteter und mehr oder weniger politisch abhängiger gewerkschaftlicher Gebilde trat eine gewerkschaftliche Organisation. Ihre parteipolitische Neutralität ist fest begründet und stellt im Bereich der faktischen Kräftegruppen des wirtschaftlichen Sektors im sozialen Ganzen eine völlige Neuerung dar. Die parteipolitische Neutralität dieses großen Blocks ist ohne Zweifel der Grund seiner wachsenden Stärke und ist andererseits für die Führung dieser absolut demokratisch aufgebauten Organisation die feste Verpflichtung, die sozialen Anliegen und Forderungen ihrer Mitglieder verantwortlich zu vertreten.

Jede physisch auftretende Kraft hat eine Dimension, in der sie zu wirken berufen ist. Es ist im Bereich der sozialen Kräfte nicht anders. Die Dimension der gewerkschaftlichen Kraft ist die soziale Arbeit für eine politische und wirtschaftliche Demokratie. Die legislativen Prärogativen der parlamentarischen Einrichtungen dieser politischen Demokratie werden hiervon nicht berührt. Der Aggregatzustand der gewerkschaftlichen Kraft ist ein anderer. Er ist eine Übertragung latenter Energien des sozialen Lebens durch den Kondensator einer

demokratischen Organisation in einen aktiven Wirkstoff. Dieser Wirkstoff steht allen demokratischen Kräften zur Verfügung. Er hat aber kraft seiner Zusammensetzung und Herkunft die Eigenschaft, nur den sozialen Fortschritt fördernd zu beeinflussen und ist daher nur beschränkt, das heißt für alle in dieser Richtung wirkenden Kräfte verwendbar.

Die gewerkschaftliche Kraft ist somit im Hinblick auf die Gesamtheit der demokratischen Legislative neutral. Der Komplex der Fragen, die mit der Neugestaltung des sozialen Lebens zusammenhängen, ist notwendig ein politischer. Den Gewerkschaften aus ihrer politischen Betätigung in diesem Sinne einen Vorwurf zu machen, heißt nichts anderes, als etwa vom hölzernen Holz zu sprechen. Gewerkschaftliche Bestrebungen sind also notwendig politische Bestrebungen. Aber das heißt keineswegs, daß sie in der Richtung einer speziellen Parteipolitik laufen müssen. Das Verwendungskriterium des gewerkschaftlichen Wirkstoffes ist nicht irgendeine Parteipolitik, sondern allein der soziale Fortschritt.

Die tatsächliche Situation zeigt folgende Züge: Das soziale und wirtschaftspolitische Kraftfeld in Deutschland ist durch das Auftreten der gesammelten gewerkschaftlichen Kraft in „Unordnung“ geraten. So sieht es die restaurative Seite. Während einst die auseinanderstrebenden oder zumindest nicht in einer Richtung wirkenden gewerkschaftlichen Kräfte von der konservativ restaurativen Seite, die sich im Hinblick auf die Abwehr der sozialen Anliegen der Gewerkschaften einig waren, überspielt und weitgehend neutralisiert werden konnten, ist dies heute nicht mehr möglich. Die Resultante aller gewerkschaftlichen Kräfte ist im Deutschen Gewerkschaftsbund zur neuen Komponente im sozialen und wirtschaftspolitischen Kraftfeld geworden. Das Auftreten dieser Komponente ist geeignet, das früher übliche und heute von interessierter Seite wieder erreichte und verteidigte Übergewicht über die sozial Schwächeren zu beseitigen und das veränderte Bild des Kraftfeldes in einer neuen Gleichgewichtslage zu verankern. Die Störung des wieder erreichten Status quo ante und die Tendenz zu einem neuen Gleichgewicht wird von den Anhängern der alten Ordnung als unzulässig bezeichnet. Die Integrierung der gewerkschaftlichen Kräfte zur Resultante der einstigen Teilkräfte und ihr Auftreten im sozialen Bereich ist aber auf der Gewerkschaftsseite nicht die einzige Veränderung. Sie ist nur die zuerst ins Auge springende Feststellung. Darüber hinaus zeigen die scharfen Angriffe der restaurativen Kräfte gegen die neue Komponente einerseits und deren ständig zunehmende Anziehungskraft auf alle, die eine neue und gerechtere Ordnung des sozialen Zusammenlebens erstreben, daß ihre feste Position im wirtschaftspolitischen Kraftfeld bezogen ist und von der stetigen Wirkung dieser Kraft gute Ergebnisse erwartet werden dürfen.

Die Kraft der Gewerkschaftsbewegung liegt nicht nur in der Zahl ihrer Mitglieder und der Größe ihres Vermögens, obwohl dies bedeutsame Faktoren sind. Der Elan ihrer Tätigkeit und die Garantie für ihr erfolgreiches Wirken liegt viel mehr in der sittlichen Kraft ihrer Argumente, in der inneren Potenzierung aller gewerkschaftlichen Impulse zu einer klaren, auf den heutigen Erkenntnissen der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften fußenden Aktivität. Das gewerkschaftliche Wollen hat viele Jahrzehnte des sozialen Kampfes durchschritten und wurde darin geläutert. Der soziale Anruf ist für das menschliche Gewissen heute nicht mehr überhörbar. Der soziale Fortschritt läßt sich vielleicht ab und zu verlangsamen, aber er läßt sich nicht aufhalten. Sterilität in sozialen Dingen ist zu keiner Zeit ein erfolgreiches Rezept gewesen. Es ist dies auch heute nicht.